

Regierung des Fürstentums Liechtenstein  
Ministerium für Inneres, Wirtschaft und Umwelt  
Regierungsgebäude  
9490 Vaduz

Vaduz, 18. Februar 2022

**Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Schaffung eines Gesetzes über Post- und Paketzustelldienste (Post- und Paketzustelldienstengesetz; PPG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze**

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit, zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Schaffung eines Gesetzes über Post- und Paketzustelldienste (Post- und Paketzustelldienstengesetz; PPG) sowie die Abänderung weiterer Gesetze Stellung nehmen zu können.

Mit dem Post- und Paketzustelldienste wird der Zugang zum Markt für Anbieter erleichtert, was die LIHK befürwortet. Gleichzeitig ist, wie die Regierung richtig schreibt, eine funktionierende Grundversorgung mit Postdiensten eine wichtige Voraussetzung für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Liechtenstein. Deshalb begrüsst die LIHK die Zielsetzung der Regierung, auch bei einer weiteren Öffnung des Marktes eine flächendeckende, für alle zugängliche und finanzierbare Grundversorgung in guter Qualität sicherzustellen.

Aufgrund der EWR-rechtlichen Verpflichtungen ist eine Regulierungsbehörde einzurichten, die Risiken kontrolliert und dafür sorgt, dass die Marktöffnung zu wirksamem Wettbewerb führt. Die LIHK spricht sich hierbei für eine möglichst schlanke Umsetzung dieser Vorgabe aus, um den Aufbau eines unnötigen Verwaltungsapparats zu vermeiden.

Freundliche Grüsse

Liechtensteinische Industrie-  
und Handelskammer - LIHK



lic.iur. Brigitte Haas  
Geschäftsführerin